

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
7. Uffellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.
zusätzl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Verlags-
stellen ausgenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
6. oder Zeitung eingetragen. Für
unrichtig eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernom-
men. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. 'Saale-Zeitung' ge-
staltet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1133
v. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile der deren Raum 40 Pf.,
Kam. lenanzeigen 40 Pf., Restanzeigen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Restanzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstellen a. f. m. die
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Halle, Neue Promenade 13, Gr. Brauhausstr. 17.
Aben. Geschäftsstellen: Große
Wichstr. 52 und Markt 24.
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 535.

Halle, Sonntag den 14. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Keine Zerstörung der Dieselmotoren.

Die Schlichtungsordnung in Vorbereitung — Neue Lohnbewegung der Bankangestellten — Der italienisch-südslawische Vertrag unterzeichnet.

Der Völkerbund in Genf.

Am Montag, 15. November wird die stiebliche Schwei-
zerstadt Genf in ein rauschendes Gemach von Flaggen ge-
setzt sein um den Zusammenritt des Völkerbundes zu
feiern. Der Genfer Staatsrat hat alles getan, um der
Ehre der Nation n. das Leben auf dem Boden des jüngsten
Völkerbundes als „Palast der Nationen“ — der Kauf hat
1/2 Millionen Francs gekostet — angenehm zu machen. Die
berühmte Gasse de la Reformation ist mit Eisen und Ge-
schloß aus einem Konzertraum in den Kongressaal umge-
wandelt worden. Und für den telegraphischen Dienst des
Völkerbundes hat die Schweizer Telegraphenbehörde
einen Zentraleinstell mit drei Empfangsgeräten eingerich-
tet. Mittels dieser Anlagen sollten die Pressberichte abge-
nommen werden, welche die verschiedenen großen Staaten täg-
lich aussenden. A. B. Paris — Giel-ur, Lyon, Pölsku,
Carnarone, Prag, auch Wiosna, auch Kauen. Ein Internum
diplomatisch gefärbter Bülle ins wird auf die friedliche Erde
des Lac Lemans niederregnen, und zur Antwort steht dem
Sekretariat des Völkerbundes und der internationalen
Presse nur der schwache Draht der Schweizer Postbehörde
zur Verfügung. Denn es fehlt die Radio-Station.
Die 200 verfallenen fremden Journalisten werden sich
bei so mangelhafter Bewegungsfreiheit wohl häufig in die
Haare geraten. Um eine Anstalt zur Schlichtung von
Erdand Konflikten zu schaffen, wurde ein Gerede d. la Presse
gegründet, der aber die merkwürdige Eigenart, um nicht zu
sagen den Eigensinn hat, nur Angehörige solcher Staaten,
die schon Mitglied des Völkerbundes sind, aufzunehmen. Die
„Sieger“ wollen also mit den hinzugekommenen Neutralen
un er sich sein. Dem deutschen Journalisten tut das weiter
nicht weh. Er hat sich schon von Spa her ein dices P II
überzogen. Er wartet nur als Tartarus Gaudens darauf,
was die Amerikaner sagen werden, die als Nichtvölkerbun-
dler doch auch von der Gemeinshaft des heiligen Pressgrün-
dungs geschloß n sind. In der letzten Völkerbundsung im
Palais St. James in London sprach Balfour bei der Über-
nahme des Postes s sehr kühles Behauern aus, daß die
Vertreter der Vereinigten Staaten fehlten. Er sagte: Lei-
der sind wir nur acht, die an diesem Tisch herumsitzen, und
doch hatten wir geköfft, neun zu sein.“ Hoffst man jetzt in
Genf, sich durch die Amerikaner zu vermannlichen? Die
Wahl Harding zum Nachfolger Wilsons läßt jene Wüsten-
träume kaum bald reifen. Weh thaupt ist die innere
Einstimmung un'er den Wiffenden sehr flau. Der Unmut
richtet sich gegen die Franzosen. So sehr sie sich durch die
Erträge mit dem Genfer Beitritten, so groß ist doch das
Mißtrauen d'r anderen Nationalitäten. Frankreich kommt
nach Genf zur Friedenserstigung belästigt mit dem Verdacht
eines geheimen Mit Zusammenstimmens mit Belgien. Handels-
es sich in dem Fall um eine Rückversicherung Frankreichs
in einem möglichen Konflikt mit Deutschland, so wird man
wohl bald genug erfahren, daß ähnliche Rückversicherungen
Frankreichs mit anderen Staaten für den Fall von Kon-
flikten mit Italien oder England oder Holland ebenfalls
bestehen. Umgekehrt wird man nicht fehlgehen mit der
Vermutung, daß die andern Glieder des Völkerbundes inter-
essiert für alle möglichen Kombinationsfälle ihre Rückver-
sicherungsverträge schon hinter Schloß und Riegel haben.
Und wären sie es noch nicht, so werden solche durch Bekannt-
werden d'r französischen Politik des Mittels nicht genug
genug gefördert. Frankreich traut den Staaten mit denen
es zusammen geteilt, schon nicht nicht mehr. Es führt sich
durch Geheimabkommen, Völkerbund hin, Völkerbund her,
Karte Seelen, die glauben lassen, der Völkerbundsvertrag
sämtliche Geheimabkommen aus, seien auf den Art. 18 dieses
Vertrags s verziehen, der nur verlangt, daß in Zukunft
abgeschlossene Verträge beim Völkerbundssekretariat ange-
melde und revidiert ist werden müssen. Art. 21 lagt dann
weiter, daß internationale Übereinkommen, wie die Schieds-
gerichtsverträge und die regionalen Verständigungs-
verträge, welche die Aufrechterhaltung des Friedens sichern, als
nicht vereinbar mit irgend einer Bestimmung des gegenwär-
tigen Völkerbundsvertrages angesehen werden. Wohin man
hinkt — Konfliktbestimmungen, die die Grenzen der Welt
schon nach ihrem Willen zu brechen versehen werden, dem
weil die kleinen Kräfte nicht notwundigenfalls ein s läch-
lnd im höheren Interesse überstimmt werden. Deutschland mag
sich damit trösten, daß es an den Sprüchen dieses „Mit-
scheidungs“ vorläufig nicht aktiv und nicht verantwortliche
teiligt ist

Ernährungsfragen.

Im Hauptauschluß des Reichstages wurde am Freitag
die Beratung über den Etat des Reichsernährungsministe-
riums fortgesetzt. Es lag ein
Antrag
Dr. Wähme, Dörrich und Genssen vor, am Schlusse des
Kapitels, das die Belohnung der beamteten Kräfte be-
handelt, einzufügen: „Die als künftig wegfällig bezeichneten
Stellen sind beim Freierwerden nicht wieder zu besetzen, wenn

das Bedürfnis, das zu ihrer Errichtung geführt hat, nicht
mehr besteht.“

Ministerdirektor von Sallies (Reichsernährungsministe-
rium) äußert sich zu diesem Antrag sowie zu dem Titel des
Reichsernährungsministeriums, der die Hilfsleistungen durch
nicht beamtete Kräfte betrifft. Er werde allgemein anerken-
nen, daß der Beamtenapparat übermäßig angewachsen
sei und die Mittel des Reiches zu sehr in Anspruch nehme.
Nach ein'r verhältnismäßig kurzen Debatte wird
Position 4 angenommen, damit also 2 1/2 Millionen Mark für
Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte für das Reichs-
ernährungsministerium bewilligt.

Darauf wird sich der Hauptauschluß der Behandlung
der biologischen Reichsanstalt für Land- und
Forstwirtschaft zu.

Es wird darauf eine Resolution mit Stimm-
mehrheit angenommen, die die Regierung zu erwirken, die bi-
ologische Reichsanstalt im nächstjährigen Etat so auszu-
gestalten, daß sie ihren in der Denkschrift Bd. 10 auf-
geführten Aufgabenkreis voll zu erfüllen in der Lage ist.

Nunmehr werden die Hauptpositionen für die biolo-
gische Reichsanstalt bewilligt.

Nach eingehender Diskussion gelangt nunmehr der
gestern mitgeteilte Antrag Dr. Herz (N. S. P.) und
Schmidt-Berlin (Soz.) zur Abstimmung, der die Sicher-
ung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch
Gründung von Verrechnungsverbänden und Verhängung
zweckmäßiger Strafen zu erreichen sucht. — Per Antrag wird
abgelehnt.

Ein anderer Antrag lautet: Die Reichsregierung
sollte eracht werden:

1. In Hinsicht auf die Reichsregierung s bestehende Not-
wendigkeit gegen die Ablieferung d'iesmögliche säumige
Erzeuger von Brotgetreide scharfe Maßnahmen zu treffen,
und auf zur Witterzeit herunne landwirtschäftliche Be-
dürfnisse einzuräumen, ihren ganzen Einsatz für die
Ablieferung von Brotgetreide, Hafer und Gerste einzusetzen.

2. Vorausgesetzt wird die Beibehaltung der Zwangs-
wirtschaft auch für Getreide und Safer.

Der Hauptauschluß s langt darauf zur Besprechung des
außerordentlichen Haushalts des Reichsernährungsministe-
riums.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Reichs-
fart, s stelle in nächsten Jahre ihre Tätigkeit ein-
stellen zu können hoffe.

Darauf wird die Position der Reichsfinanzstelle be-
willigt; weiter wird die Position Reichsstelle für die Ver-
sorgung mit Vieh und Fisch (Reichsfinanzstelle) und eine
Reihe anderer Positionen bewilligt.

Damit ist der gesamte Etat des Reichsernährungs-
ministeriums angenommen und erledigt.

Die Schlichtungsordnung.

Wie das Reichsarchivministerium mitteilt, wird zur-
rück die endgültige Entwurf einer Schlichtungsordnung nach
Bescheidung der Beratungen über den vorläufigen Ge-
wärtig unter weitgehender Berücksichtigung der Ergebnisse
der Kommissionsberatungen ausgearbeitet. Mit der
Einbringung des Gesetzes im Reichstag kann für den Anfang
des nächsten Jahres gerechnet werden. Hinsichtlich des In-
halts des Entwurfs der Schlichtungsordnung wird darauf
hingewiesen, daß diese nicht ein Willkür- oder Zwangsge-
setz werden soll, sondern dazu bestimmt ist, auf der Grundlage
des freien Selbstbestimmungsrechtes der Parteien eine gütliche
Einigung in Streitigkeiten in einer für beide
Teile verständlichen Weise herbeizuführen.

Die Dieselmotoren werden nicht zerstört.

Zur Frage der Diesel-Motoren ist der deutsche
Friedensdelegation in Paris die Antwortnote
der Völkervereinigungskommission s übermitteln worden,
in der es heißt:

Nach gründlicher Prüfung ist die Völkervereinigungskommission
zu folgender Entscheidung gelangt: Die von der interalli-
ierten Marine-Kontrollkommission angeführten Ermittlungen
haben ergeben, daß abgesehen von einem Vorfall von
ungefähr 286 Unterseeboot-Motoren der Zahl der industriell
verwendeten Motoren unbedeutend ist. Diese Zahlen be-
stehen in der Völkervereinigungskommission in der Ansicht, daß diese
Motoren bei der Verwendung in der Industrie nicht wirtschaftlich
arbeiten und rechtserfunden andererorts die Auffassung,
daß Deutschland in Weltlich nicht berechtigt
ist, die Motoren für industrielle Verwendung in Anspruch
zu nehmen. So aber die deutsche Regierung versichert, daß es
möglich ist, die Dieselmotoren wirtschaftlich gut auszu-
nutzen, so will die Völkervereinigungskommission, die keines-
wegs den Wunsch hat, die wirtschaftliche
Verwendung dieser Motoren zu verhindern, zu bein-
trächtigen, diesen Wunsch nicht geltend zu lassen.
Sie ist daher bereit, die Motoren bis auf weiteres
zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, voraus-
gesetzt, daß sie nur zu Handels- oder gewerblichen Zwecken

verwendet werden. Bedingung für diese Entschädigung
ist, daß die deutsche Regierung bis zum 31. März 1921 ein
Verzeichnis aller Motoren, die industriell ver-
wendet oder anderwärts nicht eingesetzt wurden, der Kon-
trollkommission übermitteln und ihr die Kontrolle über
die wirtschaftliche Verwendung dieser Motoren in jeder
Weise erleichtert. Die Völkervereinigungskommission
bezieht sich vor, bezüglich der bis zum 31. März 1921 nicht industriell
verwendeten Dieselmotoren zu entscheiden, daß sie unter
Artikel 182 des Friedensvertrages fallen.

Die Beweisführung der interalliierten Marine-Kon-
trollkommission hängt zwar wesentlich nach verschiedenen
Seiten, vor allem hinsichtlich des technischen und wirtschaft-
lichen Wertes der Dieselmotoren. Das soll uns aber nicht
hindern, über die ihnen erträglich Lösung der Frage
unser Genugtuung auszupressen.

Die deutschen Beamten in Danzig.

Das Abkommen über die vorläufige Tätigkeit der deut-
schen Beamten im Gebiet der künftigen freien Stadt Danzig
ist Freitag vom stellvertretenden Oberkommissar Ober-
leutnant Curt und dem deutschen Reichs- und Staats-
kommissar Förster unterzeichnet worden. Darnach muß die
freie Stadt Danzig bis spätestens 1. April 1925 entscheiden,
welche Beamten sie zu übernehmen gedenkt und welche Be-
amten nach Deutschland zurückkehren sollen.

Neue Lohnbewegung der Bank- angestellten.

In einer Berliner Versammlung nahm der Allg. Bank-
beamtenverein Freitag abend Stellung zum Ablauf des gel-
tenden Lohnvertrages. Der Sekretär Emonts vertrat die For-
derung auf Zahlung einer Wirtschaftsschuld von
5000 Mk. für Verzeirats, 4000 Mk. für Ledige und 3000
Mark für Jungeliche, und zwar noch vor Ablauf des gegen-
wärtigen Lohnes. Sollte diese Forderung nicht
entpöffen werden, so sei mit einem Lohn-
streik zu rechnen. In einer angenommenen
Entschließung trat die Versammlung diesen Forderungen
bei und ermächtigte den Vorstand, mit dem Reichsvereins-
schäftsamt Fühlung zu nehmen.

Braunhewig opponiert.

In dem mehrheitssozialistisch-unabhängigen registrierten
Landes-Braunhewig hat der Ernährungsminister Antritt
die mit dem Landes-Braunhewig abgeschlossenen Lieferungs-
verträge über Karstoffien aufgehoben und im Anschluß daran
ein Ausnahmeverbot erlassen. Zu diesem gleichbedeutenden
Vorgehen hat er sich geäußert, er werde es bei der Durchfüh-
rung nicht an der nötigen Schärfe fehlen lassen, unter Um-
ständen sogar auch vor einem Konflikt mit der
Reichsregierung nicht zurückzureden. Wieder-
holten telegraphischen Auforderungen aus Berlin, sich auf
dem Boden des Gesetzes zu stellen, ist er glattweg nicht nach-
gekommen. Die Reichsregierung wird nicht umhin können,
sich diesen eigentümlichen „Staatsmann“ etwas näher an-
zusehen.

Die Preßburger Wirtschaftskonferenz.

Wien, 13. November. (Eig. Drahtnachricht.) Das
8 Uhr-Abendblatt meldet über die Preßburger Wirtschafts-
konferenz, daß die Nachfolgenden und die übrigen Staaten,
die an dieser Konferenz teilnehmen sollen, durch den Ein-
tritt Frankreichs gegen Deutschlands Teilnahme hinderlich
geworden sind. Hierdurch ist die ganze Konferenz in Frage
gestellt. Der englische Bevollmächtigte, Oberst Smith, des
den Gedanken dieser Konferenz anerkent hat, macht in Paris
alle möglichen Bestreben, um bei Frankreich die Einladungs-
Deutschlands durchzusetzen. Es ist jedoch nicht zu hoffen,
daß ihm dies gelingen wird.

Giolittis großer Erfolg.

Der italienisch-südslawische Vertrag ist
Freitag abend in Kapstadt unterzeichnet worden.
Er schließt die Bande eines anstrengenden und tiefen Ein-
verständnisses zwischen beiden Völkern. Die diplomatischen
Kreise beider Länder schenken tiefe Genugtuung, ihre Be-
strebungen haben Ausdruck in der Einleitung zum Vertrag,
worauf es heißt: Das Königreich Italien und das künftige
italienisch-südslawische Königreich wünschen zum Wohle beider
Völker einen Zustand aufrichtiger und herzlicher Beziehun-
gen zu schaffen. Das Königreich Italien erkennt in der
Begründung des Nachbarstaates die Erringung eines der
höchsten Ziele des mit seiner Beihilfe geschiedenen Krieges.

Bulgarien beantragt seine Zulassung zum Völkerbunde.

Beim Generalsekretariat des Völkerbundes ist ein Antrag
des bulgarischen Ministerpräsidenten eingegangen, des

